

Auszüge aus einem Bericht des SÜDWESTRUNDFUNK vom 27. Juni 2014:

Studie gegen Wissenslücke der Behörden – keine Ahnung vom Linksextremismus.

Gewalt von links - das überfordert die Sicherheitsbehörden. Denn sie wissen nicht, was sie dagegen tun sollen, weil sie den Linksextremismus nicht verstehen. Die sogenannten Sicherheitsbehörden verstehen nicht, warum vor allem junge Menschen linksextrem werden, um gegen den Staat zu rebellieren - ob bei "Stuttgart 21" oder im Hamburger Schanzenviertel. Nun soll eine wissenschaftliche Studie Polizei und Verfassungsschutz helfen, diese Wissenslücke zu schließen.

Nicht ohne Grund sprechen Deutschlands Sicherheitsbehörden jetzt von einer Besorgnis erregenden Zunahme der Gewaltbereitschaft im linksextremen Lager. Das Problem: Verfassungsschutz und Polizei wissen wenig darüber, wie diese gesellschaftlichen Prozesse der Radikalisierung ablaufen, warum sich immer mehr, vor allem junge Menschen in der Auseinandersetzung mit dem Staat militanter Mittel und Methoden bedienen.

Die Studie soll genauere Erkenntnisse über das Umfeld des gewaltbereiten Linksextremismus und mögliche Radikalisierungsprozesse gewinnen. Es gehe darum, die Motive und die Protestformen zu verstehen, um auch von Seiten der Behörden vernünftiger reagieren zu können. Hamburgs Verfassungsschützer Murck: "Vernünftig heißt für mich nicht nur taktisch gerissen, sondern auch **so, dass die Möglichkeiten für einen möglichst gewaltfreien Verlauf ausgelotet werden.**"

Und Murck weiter: "Um ein Verständnis dafür zu bekommen, welche Menschen das sind, wo die herkommen, **aus welchen Motiven sie handeln.**" Es gehe vor allem darum, Proteste mit weniger Gewalt ablaufen zu lassen.

"Wir wissen über Linksextremismus wenig. Der Begriff ist diskreditiert." Das habe unter anderem mit der viel kritisierten **Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus zu tun**, beschreibt ein Behördensprecher die Abneigung seiner Kollegen.

Die Präsidentin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, die Politologin Maren Brandenburger, wäre dankbar für profunde **sozialwissenschaftliche Erkenntnisse**: "Für uns **hätte es den Charme**, dass wir mehr wissen würden über die Frage: Warum gehen junge Leute in die autonome Szene und warum tun andere es nicht? Wo gibt es an den Rändern des Linksextremismus möglicherweise **Ausfransungen in die bürgerliche Zivilgesellschaft?**"

Die Studie soll in zwei Jahren auf dem Tisch liegen. Die Kosten dafür werden im sechsstelligen Bereich veranschlagt. Für BfV-Präsident Maaßen ist dieses Geld offenbar gut angelegt: "Es geht uns darum, dass wir prognosefähig sein können, dass wir Szenarien erkennen können. Und deswegen brauchen wir **wissenschaftliche Unterstützung.**"

Dazu diese Anmerkung: Der Staat gibt hohe Beträge für solch eine Unsinn-Studie unter dem Mantel eines **wissenschaftlichen Anspruchs** aus. Für alle **Staatsverbrechen** gab und gibt es **wissenschaftliche Rechtfertigungen**. Diese Behörden werden nie auf die Idee kommen, zu untersuchen, warum sie **ihre** Gewaltbereitschaft für die Aufrechterhaltung gravierender Missstände wie u.a. **das aktuell noch immer unvermindert praktizierte Atomverbrechen** bereitwillig einsetzen und nun perfide den Protest in ihrem Sinne lenken möchten nach den Modellen vieler **Mitmach-Fallen**, mit denen auch Regierungsparteien den Leuten Sand in die Augen streuen, damit sich tatsächlich **nichts Grundsätzliches ändern soll**.